



Interviews

Datum: 10. März 2023

Konstantin Kuhle, stellvertretender FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzender, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: „So wie bisher geht es nicht weiter“, meint der FDP-Generalsekretär. Bijan Djir-Sarai forderte in einem Zeitungsinterview nicht weniger als einen „Neustart in der Migrationspolitik in Deutschland“. – Am Telefon ist Konstantin Kuhle, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Göttingen. Guten Morgen!

Konstantin Kuhle: Schönen guten Morgen! – Hallo!

Heinemann: Herr Kuhle, was muss Ihrer Meinung nach neu geregelt werden?

Kuhle: Bijan Djir-Sarai hat mit seinen Äußerungen schon recht. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik. Wir haben gerade gesehen, dass Fachkräfte immer häufiger einen Bogen um Deutschland machen, und gleichzeitig haben die Kommunen große Schwierigkeiten, Menschen unterzubringen, die einen Asylantrag stellen.

Wir brauchen mehr reguläre Migration und weniger irreguläre. Dazu gehört, dass diese Koalition möglichst schnell ein Einwanderungsgesetz beschließt, mit einem Punktesystem, nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer. Dazu gehört aber auch, dass man sich stärker um das Thema Abschiebungen kümmert, beispielsweise indem die Bundespolizei die Länder stärker unterstützen kann, wenn es darum geht, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, Deutschland auch wieder verlassen.

Heinemann: Nach welchem Vorbild?

Kuhle: Das Einwanderungsgesetz, das der Ampel-Koalition vorschwebt, soll sich orientieren an Staaten wie Kanada, die sehr genau auswählen, wer eigentlich in ihr Land kommt, und sich dabei daran orientieren, was die wirtschaftlichen Interessen der Volkswirtschaft sind. So gibt es bei uns einen großen Mangel an Arbeitskräften, sei es in der Pflege, sei es in der Gastronomie, im Verkehrssektor. Hier sind wir dringend auf Einwanderung angewiesen. Und gleichzeitig sehen wir, wenn Menschen einmal die Europäische Union betreten haben und

nicht über das Einwanderungsrecht einwandern, sondern als Asylbewerber, dass sie dann typischerweise auch in Europa bleiben, wenn sie keinen Anspruch auf Asyl haben. Deswegen braucht es auch Anstrengungen für einen besseren gemeinsamen Grenzschutz und es braucht einen Weg, wie wir sicherstellen können, dass Menschen nicht auf diesem gefährlichen Weg nach Europa ums Leben kommen. Denn was da an humanitären Katastrophen an der Außengrenze passiert, das ist nicht akzeptabel.

Heinemann: Wie könnte das sichergestellt werden?

Kuhle: Es gab auf europäischer Ebene ja schon viele Vorschläge. Ich halte den Vorschlag, den die Europäische Kommission 2020 gemacht hat, zunächst am Prinzip des Ersteinreiselandes festzuhalten und dann eine Verteilung innerhalb der Europäischen Union vorzunehmen, grundsätzlich für richtig. Deswegen sollte das weiterverfolgt werden. Es muss aber vor der Europawahl 2024 auch etwas passieren. Die Menschen haben das Gefühl, dass Politiker in Deutschland immer nach Brüssel und nach Europa zeigen, wenn es um das Thema Flüchtlinge geht, dass sich aber in der Situation der Kommunen nichts verändert. Es muss auf europäischer Ebene auch tatsächlich etwas passieren und ich wünsche mir, dass wir auch wieder stärker darüber diskutieren, inwiefern Asylverfahren in den Transitstaaten möglich sind, im Mittleren Osten, im Nahen Osten, in Nordafrika. Es kann nicht sein, dass Menschen sich ohne Aussicht auf Asyl auf den Weg machen und dann ums Leben kommen. Das ist eine dramatische Situation und deswegen müssen wir auch stärker mit den Herkunfts- und Transitstaaten darüber diskutieren, inwiefern dort direkt Asylverfahren stattfinden können.

Heinemann: Bijan Djir-Sarai warnt vor einer Wiederholung der, wie er formuliert hat, „katastrophalen Fehler der Ära Merkel“. Welche Fortschritte seit 2015 können Sie erkennen?

Kuhle: Ich sehe, dass wir heute eine Bundesregierung haben, die sich ganz klar das Ziel gesteckt hat, mehr reguläre und weniger irreguläre Migration zu fordern.

Heinemann: Mit welchem Ergebnis?

Kuhle: Wir können das erkennen, beispielsweise daran, dass man ein klares Signal abgegeben hat in Richtung der sogenannten Westbalkan-Regelung. Wir hatten vor vielen Jahren eine ähnliche Situation, wie wir sie jetzt bei anderen Ländern haben, mit Blick auf den westli-

chen Balkan, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, wo Menschen nach Deutschland gekommen sind und einen Asylantrag gestellt haben und eigentlich in den Arbeitsmarkt einwandern wollten. Was hat man gemacht? – Man hat eine Regelung eingeführt, nach der Menschen, die aus Bosnien, aus dem Kosovo, aus anderen ehemaligen jugoslawischen Teilstaaten einen Arbeitsplatz in Deutschland bekommen, ohne weiteres einreisen können und dafür sind die Zahlen an Asylbewerbern aus diesen Ländern dramatisch zurückgegangen. Das zeigt, dass mehr reguläre Einwanderungsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt auch dazu beitragen, dass Menschen nicht über das Asylsystem kommen, und genau diesen Weg müssen wir gehen. Da hat die Koalition im Prinzip verstanden, dass das der richtige Weg ist. Jetzt muss das Ganze noch umgesetzt werden, indem wir beispielsweise diese Westbalkan-Regelung auf weitere Länder ausdehnen und auch das Kontingent erhöhen. Aber das Prinzip dahinter ist wichtig. Mehr reguläre Einwanderung führt dazu, dass irreguläre Einwanderung unattraktiv wird.

Heinemann: Herr Kuhle, die „Bild“-Zeitung berichtete gestern, die Koalition plane, dass Kontrollen illegaler Migration in Zügen und Bahnhöfen beendet werden solle. Wie passt das zu dem, was Sie gerade gesagt haben?

Kuhle: Das kann ich mir nicht vorstellen. Das hielte ich auch für den falschen Weg. Wir haben ja eine Situation, in der wir die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg haben. Man muss sich mal klarmachen, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine die größte Fluchtbewegung ausgelöst hat in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Es war nicht der syrische Bürgerkrieg 2015/2016, sondern das haben wir jetzt, und das führt dazu, dass sehr viele Menschen in Deutschland und in Europa unterwegs sind. Sollte das Innenministerium derartiges planen, würde ich das nicht machen und würde dazu auffordern, weiterhin genau hinzuschauen, inwiefern Menschen nach Deutschland einreisen, die möglicherweise kein Bleiberecht haben, oder die auch ein Bleiberecht haben, weil es beispielsweise Ukrainer sind und die hier Schutz suchen. Da wird übrigens Großartiges geleistet, nicht nur von den Kommunen, sondern auch von der Bundespolizei, und das verdient auch Anerkennung.

Heinemann: In Deutschland sind rund 300.000 Personen ausreisepflichtig. Im Vereinigten Königreich hat Premierminister Rishi Sunak jetzt angekündigt, dass alle, die illegal eingereist sind, innerhalb von Wochen abgeschoben werden sollten. – Taugt der britische Ansatz als Vorbild für deutsche und europäische Migrationspolitik?

Kuhle: Das klingt sehr hart und klingt danach, als hätte die britische Regierung einen Plan. Man muss aber hinterfragen, wie eigentlich die Kooperation mit den Staaten funktionieren soll, in die diese Menschen dann abgeschoben werden.

Ich finde es richtig, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, Deutschland wieder verlassen. Das ist der richtige Weg. Wir müssen uns aber klarmachen, dass man für die Durchführung einer Abschiebung eine sehr komplexe Situation managen muss. Man braucht Papiere, Pass-Ersatzpapiere, man braucht eine Zustimmung des Herkunftsstaates und man muss diese Abschiebung dann auch praktisch durchführen.

Ich glaube, Deutschland muss die Zahl seiner Abschiebungen drastisch erhöhen, aber zu glauben, dass wir auf einen Schlag all diejenigen aus dem Land kriegen, die ausreisepflichtig sind, das macht man sich ein bisschen leicht und das nehme ich auch der britischen Regierung nicht ab. Deswegen ist es so wichtig, insgesamt für weniger irreguläre Migration zu sorgen, damit die Menschen gar nicht erst ins Land kommen, und dafür zu sorgen, dass Menschen, die wirklich einen Schutzanspruch haben, zügig in den Arbeitsmarkt kommen, denn auch das haben wir in der Vergangenheit falsch gemacht und auch daran erinnert ja FDP-Generalsekretär Djir-Sarai, indem er sagt, dass wir hier einen Paradigmenwechsel brauchen.

Heinemann: Stichwort Abschiebung. Das ist jetzt in Zukunft die Aufgabe des Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen. Das ist Ihr Parteifreund Joachim Stamp. Was erwarten Sie von ihm?

Kuhle: Joachim Stamp kennt sich mit dem Paradigmenwechsel zu weniger irregulärer und mehr regulärer Migration aus. Er hat das als Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen selber praktiziert und auch in kontroversen Konstellationen Abschiebungen durchgeführt. Insofern hat er Erfahrung mit diesem Thema. Und ich glaube, Joachim Stamp kann dafür sorgen, dass wir mehr Kooperation bekommen mit den Herkunfts- und Transitländern. Denn viele Staaten in Afrika beispielsweise, aber auch im Nahen und im Mittleren Osten haben ein eigenes Interesse daran, dass eigene Staatsangehörige in Deutschland eine Ausbildung machen können, in Deutschland studieren können, in Deutschland arbeiten können, und dieses Interesse, das muss korrespondieren mit der Rücknahme eigener Staatsangehöriger. Wenn jemand ausreisepflichtig ist, aus Nordafrika, aus dem Nahen, aus dem Mittleren Osten, dann können wir über neue Migrationsabkommen eine Situation erreichen, in der diese Staaten dann Menschen zurücknehmen, und im Gegenzug ist es einfacher für andere Personen, in Deutschland zu arbeiten. Mit solchen Abkommen, mit solchen Absprachen kennt Joachim Stamp sich aus und ich bin zuversichtlich, dass wir da noch vieles von ihm hören werden.

Heinemann: Weniger irreguläre Migration fordern Sie. Ist das mit SPD und Grünen durchsetzbar?

Kuhle: Ich glaube schon, dass auch SPD und Grüne ein Verständnis dafür haben, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für reguläre Migration auch daran hängt, dass man die irreguläre

Migration in den Griff bekommt. Schauen Sie, wir haben eine Situation, in der jeder Arbeitgeber, alle Kommunen mit den Händen greifen können, dass Arbeitskräfte fehlen. Deswegen hat sich diese Koalition vorgenommen, nach 16 Jahren CDU/CSU im Innenministerium endlich ein Einwanderungsgesetz einzuführen, das am Arbeitsmarkt auch tatsächlich etwas ändert. Dafür sind wir aber angewiesen auf gesellschaftliche Akzeptanz und diese gesellschaftliche Akzeptanz setzt voraus, dass nicht einfach Menschen nach Deutschland einreisen und unabhängig von ihrem Bleiberecht bleiben können oder nicht, sondern dass es auf das Bleiberecht ankommt, wenn ein Asylanspruch gegeben ist, wenn Menschen als Ukrainer unter die Massenzustrom-Richtlinie fallen. Dann können sie bleiben. Aber zu glauben, dass man alle Gruppen von Menschen, die nach Deutschland wollen, gleichbehandeln kann, das hielte ich für naiv, und ich bin zuversichtlich, dass man davon auch die Koalitionspartner überzeugen kann.

Heinemann: Herr Kuhle, ganz kurz zum Schluss: Nancy Faeser strebt das Amt der hessischen Ministerpräsidentin an. Wer in der Bundesregierung kümmert sich in den kommenden Monaten um Innenpolitik?

Kuhle: Nancy Faeser muss sich in den kommenden Monaten um Innenpolitik kümmern. Ich erwarte, dass ihre Kandidatur mit Blick auf ihre Aufgaben als Bundesinnenministerin keinerlei Abstriche auslöst. Das ist ein Fulltime-Job, Bundesinnenministerin, und dass sie als SPD-Politikerin in Hessen kandidiert, ist ihre eigene Entscheidung. Aber darunter darf die Innenpolitik im Bund nicht leiden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.